

2 Der Weg zu einer feministischen Gewerkschaft

Die wichtigste Funktionärin der Gewerkschaft der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen war Paula Thiede. Wie viele zeitgenössische Akteurinnen hat sie die Bezeichnung »Feministin« nicht verwendet – und schon gar nicht auf sich bezogen. Gleiches gilt für ihre Kolleginnen in der Gewerkschaftsarbeit. Der Begriff »Feminismus« an sich wurde zwar seit etwa 1860 – zunächst sehr selten – verwendet.¹ Das änderte sich um die Jahrhundertwende und seine Verwendung nahm etwas zu – wir finden ihn etwa in verschiedenen Schriften der Sozialistin Lily Braun² –, doch zählte der Begriff weiterhin nicht zu den positiven Selbstbeschreibungen der unterschiedlichen Frauenbewegungen.

An Paula Thiedes Person wird deutlich, wie das Verständnis von Feminismus mit dem Fokus auf das Handeln erweitert werden kann. Thiede machte sich für das Frauenwahlrecht stark, nahm an mindestens einer der SPD-Frauenkonferenzen teil und mischte sich auch darüber hinaus in sozialdemokratische Debatten ein.³ Ihr Kerngeschäft blieb jedoch die tägliche Arbeit als Gewerkschafterin – an der Seite zahlreicher Männer und Frauen. Sie hat keine Revolution gefordert, weder eine politische noch eine geschlechterpolitische. Doch als weibliche Vorsitzende einer deutschen Gewerkschaft im Kaiserreich kann sie als Symbol für die geschlechterpolitischen und feministischen Aufbrüche dienen, die dieser Zeit eigen waren. Das Handeln von Paula Thiede und großer Teile des »Verbands der Buch-

1 | Vgl. DWDS 2020b.

2 | Braun 1906, S. 9 (der »bekannte belgische Feminist Louis Frank«); Braun 1901, S. 15 (»Feminist«, neutral), S. 205 (»Feminismus«, distanzierend) und S. 207 (»Feminismus«, neutral).

3 | Vgl. dazu Thiede 1911.

und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen« (VBHi) war feministisch im oben genannten Sinne.

Thiede stand damit im Gegensatz zu etwa Ottilie Baader, die voll in der SPD-Parteiarbeit aufging und Frauenagitation nur als ein Mittel zum (Partei-)Zweck beschrieb.⁴ Thiede unterschied sich auch von der bekanntesten deutschen Sozialistin der Zeit, Clara Zetkin, die hinsichtlich von reinen Frauenvereinen meinte, diese

»verzettelten [...] ihre Kräfte [...] in frauenrechtlerischen Bestrebungen, so daß die eigentliche (!) Aufgabe, am Kampf zwischen Kapital und Arbeit theilzunehmen, in den Hintergrund trete«.⁵

Zetkin bezeichnete sich daher 1894 als »entschiedene Gegnerin dieser Sonderorganisationen«.⁶

Der Fall der Frauen im VBHi und die vorangegangene Geschichte des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« beweist jedoch das Gegenteil von Zetkins Behauptung, wie sich im Folgenden zeigen wird. Denn die selbstständige Organisation der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen – Teil der »Arbeit« im Sinne Zetkins – ab 1890 war ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Faktor für die Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen. Schon anhand der wenigen Statistiken, die aus dieser Zeit zugänglich sind, lässt sich erkennen, dass die Hilfsarbeiterinnen intensiver am »Kampf zwischen Kapital und Arbeit« teilnahmen als die weiblichen Mitglieder anderer Gewerkschaften. Wären solche Ansätze innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gefördert und nicht bekämpft worden, hätte dies den sozialdemokratischen Teil der ArbeiterInnenbewegung und so auch Zetkins »eigentliche« Agenda möglicherweise erheblich gestärkt.

Doch die Vorteile autonomer Organisation wurden schließlich nur innerhalb der Hilfsarbeiterschaft im Druckgewerbe ernsthaft umgesetzt. Wie und in welchem Kontext dies erreicht wurde, wird in den nächsten Abschnitten beleuchtet.

4 | Vgl. Freude 1985, S. 49.

5 | Vorwärts, 7. Oktober 1894, S. 3.

6 | Vorwärts, 7. Oktober 1894, S. 3.

2.1 (Un)gleich: Proletarische Frauen und Gewerkschaften

Im patriarchal geprägten Kaiserreich bestand zwischen Männern und Frauen in vielfacher Hinsicht keine Gleichheit, in fast allen Lebensbereichen wurden sie unterschiedlich behandelt, selten zum Vorteil der Frauen.

Die wenigsten dieser Benachteiligungen ergaben sich unmittelbar aus der Tatsache, dass die meisten Frauen Kinder zur Welt bringen können, Männer aber nicht. Es ist jedoch zunächst festzuhalten, dass diejenigen Frauen, die Kinder bekamen, aufgrund dieses Umstands auch im Arbeitsleben Nachteile hatten – zum einen durch die körperlichen Einschränkungen während der Schwangerschaft und den oft gefährlichen Vorgang der Geburt und zum anderen durch die gegenseitige Gebundenheit von Säugling und stillender Mutter. Dies hatte eine Einschränkung oder Unterbrechung der Erwerbsfähigkeit zur Folge, wie sie in dieser Art und Weise für Männer nicht eintrat. An den Arbeitsstellen und auch in den Gewerkschaften war daher eine wesentlich höhere Fluktuation von Frauen zu beobachten und Unterbrechungen von Arbeitsverhältnissen waren häufiger.

Doch die meisten Strukturen, die zu ungleichen Bedingungen für Männer und Frauen führten, entstammten auch im Kaiserreich nicht der prinzipiellen Gebärfähigkeit von Frauen, sondern einer patriarchalen Ideologie. Diese nahm zwar auf diese Fähigkeit Bezug, durchzog jedoch alle Lebensbereiche, konstruierte angebliche Wesensarten der Geschlechter und legitimierte sich selbst mit einer vorgeblichen »Natürlichkeit«.

Im Kaiserreich wurden Unterschiede zwischen Männern und Frauen pauschalisiert, gesellschaftlich verstärkt und damit oft erst hergestellt. Im bürgerlichen Modell der Kleinfamilie wurden über die körperlich gebundenen Aufgaben Gebären und Stillen hinaus viele weitere Aufgaben, die eigentlich leicht mit anderen Menschen zu teilen gewesen wären, ebenfalls exklusiv der (vereinzelten) Frau zugesprochen: Haushaltsführung, Kinderbetreuung und -erziehung sowie die emotionale Sorge für die gesamte Familie. An diesen ideologischen Idealen wurden Frauen gemessen, egal wie die Lebenswirklichkeit sich im Einzelfall darstellte.⁷

Die Kehrseite der Medaille war das Idealbild des Mannes als »Versorger«, der – im Gegensatz zur Frau – ein entsprechendes Einkommen erzielen sollte, was sich unter anderem in der Lohnstruktur widerspiegelte.

7 | Zur Fixierung dieser Ideologie im Recht vgl. Hausen 1997.

Die patriarchale Vorstellungswelt schlug sich zudem in einer sehr stark geschlechtsspezifischen Erziehung und Sozialisation nieder.

Einige der Benachteiligungen, die aus diesen ideologischen und kulturellen Strukturen resultierten, wurden von Zeitgenossen durchaus wahrgenommen, wie ein Beispiel aus der Diskussion um verbesserten Arbeitsschutz zeigt. In den »Sozialistischen Monatsheften« wurde 1901 über die möglichen Folgen der geschlechtsspezifischen Sozialisation berichtet und die Nachteile für Frauen zusammengetragen. Hierzu zählte der Autor Ignaz Zadek die geschlechtsspezifische Erziehung, die den Mädchen Bewegung und Spielen an frischer Luft vorenthielt, die Kleidung, die die Unfallgefahr für Frauen bei der Arbeit an Maschinen stark erhöhte und die Bewegungsfreiheit einschränkte, aber auch die mangelnde Ernährung, weil Frauen und Mädchen sich oft als Letzte satt essen durften. Durch ihre Doppel- und Dreifachbelastungen und -verantwortlichkeiten bekamen Frauen weniger Schlaf und hatten weniger erholsame Freizeitroutinen.⁸

Zu den geschlechtsspezifischen Nachteilen zählte Zadek aber auch die Belastungen durch die »ungleich größere Inanspruchnahme des weiblichen Organismus durch die Geschlechtsorgane und das Geschlechtsleben«, womit er sich neben der Mutterschaft unter anderem auf die Menstruation bezog. Aufgrund dieser Faktoren sah Zadek eine »geringere Widerstandsfähigkeit der Arbeiterin« bei berufsbedingten Krankheiten und empfahl daher verbesserten Arbeitsschutz, inkonsequenterweise allerdings nur während der Mutterschutzzeiten.⁹

Die Schwierigkeit für Gewerkschafterinnen war es indes nicht, diese Probleme zu erkennen, denn den meisten Arbeiterinnen dürften viele dieser Punkte hinreichend bekannt gewesen sein. Viel herausfordernder war es, daraus inmitten einer männergeprägten Bewegung hilfreiche Konsequenzen für die tägliche Arbeit zu ziehen.

Während in einigen Bereichen (z. B. Lohn, Kleidung und Ernährung) eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen mehr Emanzipation herstellte, erforderten andere Gebiete (z. B. Mutterschutz) eine Ungleich-

⁸ | Zadek 1901, S. 169 f. Der Autor war Arzt und SPD-Kommunalpolitiker in Berlin-Neukölln. Zadek scheint einige zeitgenössische eugenische Ansichten geteilt zu haben, die im hier herangezogenen Text aber keine Rolle spielen; vgl. dazu Weindling 1987 und Schwartz 1994, dort insbesondere S. 558.

⁹ | Zadek 1901, S. 169 f.

behandlung, um zum selben Ziel zu kommen. Erstaunlicherweise hat die Idee, dass Gleichheit oft durch ungleiche Behandlung befördert werden kann, aber bis heute nicht als expliziter Topos in Überlegungen zur Geschlechtergerechtigkeit Eingang gefunden.¹⁰

Paula Thiede formulierte 1914 die »absolute Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des weiblichen Geschlechts« als Zielvorstellung.¹¹ Zur Umsetzung dieses Ziels waren manchmal ungleiche Maßstäbe für Männer und Frauen angezeigt. Im VBHi wurde diese Erkenntnis nicht systematisch, doch wiederkehrend stark gemacht, z. B. 1916 in der Verbandszeitung »Solidarität« mit Blick auf die Frauenarbeit:

»Nichts ist verkehrter als Männer und Frauen in bezug auf die Berufsarbeit über einen Kamm scheren zu wollen; diese Gleichmacherei, wie sie heute leider an der Tagesordnung ist, würde sich bitter rächen. Wir müssen bei allen unseren wirtschaftlichen Einrichtungen stets daran denken, daß wir es mit Wesen zu tun haben, die doppelte Lasten zu tragen haben, es muß also, um es kurz zu sagen, die weibliche Berufsarbeit anders gewertet und anders behandelt werden, als die der Männer.«¹²

In der »Solidarität«, in der diese Sätze zu lesen waren, wurden parallel dieselben Rechte für Männer und Frauen sowie gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit gefordert. Diese beiden gleichzeitigen Forderungen – einerseits weibliche Berufsarbeit »anders« zu bewerten und andererseits gleiches Recht und gleiche Bezahlung zu etablieren – waren keineswegs unvereinbar, sondern vielmehr die Auflösung der Widersprüche, die den Alltag in der vergeschlechtlichten Arbeitswelt des Proletariats prägten.

Eine solche Programmatik und die entsprechende Praxis haben sich nur im VBHi entwickelt. Sich eine solche Position zu erarbeiten war bereits eine schwierige Aufgabe, wenn man die Widersprüche bedenkt, die die Idee der Gleichbehandlung in den Gewerkschaften hervorrief – von

10 | Der Ansatz an sich war später vorhanden, etwa im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): Zum Ziel *gender justice* und den vorgeschlagenen Strategien seitens der ILO ab 1919 schreibt Dorothy Cobble eher beiläufig: »Sometimes that meant being treated the same as men; at other times, it meant being treated differently« (Cobble 2018, S. 36).

11 | Thiede 1914, S. 826.

12 | Solidarität, 1. April 1916, S. 2 (»Die Berufsarbeit der Frauen und Mädchen nach dem Kriege«, Teil II).

der kaiserlichen Gesellschaft ganz zu schweigen. Zwar ließen sich bei den freien Gewerkschaften gegen 1890 Ansätze für einen Sinneswandel erkennen, und auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress vom 14. bis 18. März 1892 wurde eine Resolution beschlossen, nach der alle Mitgliedsverbände per Statutenänderung Frauenbeteiligung zulassen sollten. Die Tiefe des Problems offenbart sich jedoch daran, dass sich längst nicht alle Gewerkschaften an diesen Beschluss hielten.

Im Falle der lokalistisch orientierten Verbände liegt der Grund nahe: Sie dachten ihren Gewerkschaften explizit eine politische Rolle zu und aufgrund des Verbotes politischer Betätigung von Frauen durch das preußische Vereinsgesetz hätten sie durch deren Aufnahme ihre Existenz riskiert.¹³ Wenn allerdings 1899 erst 19 von 55 freigewerkschaftlichen Verbänden Frauen zu ihren Mitgliedern zählten, lag das nicht nur daran, dass in vielen (Lehr-)Berufen keine Frauen ausgebildet und eingestellt wurden,¹⁴ sondern auch an einem prinzipiellen Unwillen. Manche Verbände wie die der Gastwirtsgehilfen oder der Buchdruckergehilfen stellten sich noch jahrzehntelang quer. Dennoch waren die sozialdemokratisch orientierten freien Gewerkschaften, die in der »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« miteinander kooperierten, den liberalen Hirsch-Dunckerschen und den christlichen Gewerkschaften in Sachen Gleichberechtigung um Welten voraus.¹⁵

2.2 Die Lage der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts öffnete sich die Gewerkschaftsbewegung also in kleinen Schritten der Organisierung von Frauen und es gab einen »Mini-Boom« von – meist kurzlebigen – Vereinen, die die Interessen von Arbeiterinnen vertraten.¹⁶ Im Falle der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen erleichterten es einige weitere Faktoren, dass deren Verband eine zumindest in Ansätzen gleichberechtigte gemischtgeschlechtliche Organisierung umsetzte, die den VBHi im Vergleich zu allen anderen Gewerkschaften auszeichnete.

13 | Hauff 1912, S. 15 f.

14 | Hauff 1912, S. 26 f.

15 | Lüders 1902, S. 12–17.

16 | Fuhrmann 2019, S. 43–47.

Zu dieser Zeit gab es in Berlin eine lebendiges Gewerkschaftsmilieu, das sich sehr dynamisch entwickelte und in dem eine bunte Mischung von Ansätzen ihren Platz hatte. Die Hilfsarbeiterschaft im Buchdruck umfasste in Berlin längst mehrere Tausend Personen, so dass die Entstehung einer entsprechenden Gewerkschaft naheliegend war. Nur eine kleine Minderheit davon waren Männer, bevor 1891 das Verbot der Frauennachtarbeit in den Fabriken wirksam wurde und die Einstellung von Männern als Hilfsarbeiter erforderlich machte.¹⁷

Weitere Vorteile für die Verbreitung der Gewerkschaftsidee in der weiblichen Hilfsarbeiterschaft lagen darin, dass viele Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen aus sozialdemokratisch organisierten Familien kamen¹⁸ oder sich mit gewerkschaftsnahen Kollegen liierten¹⁹ oder dass sich aus der täglichen Zusammenarbeit mit den gut organisierten Buchdruckern Kontakt zum Gewerkschaftsgedanken ergab. Zudem beinhaltete die Arbeit einen selbstverständlichen Umgang mit Texten – dies war schon für die frühe Entwicklung der zu Beginn rein männlichen Gewerkschaften der Buchdrucker und der Tabakarbeiter (die sich während der Arbeitszeit vorlasen) ein nicht unerheblicher Faktor gewesen. Anlegerinnen und Punktiererinnen hatten unter den Hilfsarbeiterinnen die verantwortungsvollsten Aufgaben an der Maschine und wurden, wenn sie sich als zuverlässig erwiesen, von den Gehilfen und Prinzipalen sehr geschätzt. Hierauf gründete ein Selbstbewusstsein, das auch für die eigenständige Organisation von großer Bedeutung war.

Die Voraussetzungen für kollegiales, im positiven Sinne »geschlechtsblindes« Verhalten waren in der Hilfsarbeiterschaft zudem besser als in vielen anderen Berufen mit langer Lehrzeit, die – mit Ausnahme von Schriftsetzerinnen – Männern vorbehalten waren. Das Verhältnis der Arbeiter zu

17 | Thiede 1916, S. 5. Das Verbot der Frauennachtarbeit war ab Juni 1891 gültig; vgl. Reichs-Gesetzblatt 1891, S. 261–290 (Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung. Vom 1. Juni 1891), § 137: »Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von achteinhalb Uhr Abends bis fünfeinhalb Uhr Morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach fünfeinhalb Uhr Nachmittags beschäftigt werden.«

18 | VBHi 1918, S. 101.

19 | Mit VBHi-Kollegen, manchmal auch Gehilfen, waren z. B. verheiratet: Paula Thiede (geb. Berlin mit ihrem ersten Ehemann Rudolf Fehlberg), Gertrud Lodahl (geb. Strietzel), Sophie Teske (geb. Fiesel), Emilie Ehm (geb. Heidemann).

ihrem Beruf gilt allgemein als »dasjenige Merkmal, das sie am wirkungsvollsten von den anderen Erwerbstätigen unterschied«²⁰. Im Falle der Gehilfen, also der ausgebildeten Druckarbeiter, führte das zu einer starken Kopplung der Geschlechtsidentität an den Beruf.²¹ Die technische Entwicklung im Druckbereich entwertete die handwerkliche Qualifikation der Gehilfen und ließ ihre »zünftige« Tradition schnell zum überholten Relikt werden. Zugleich entstand mit den HilfsarbeiterInnen eine neue Berufsgruppe, die durch die technische Ausdifferenzierung größere Bedeutung bekam und sich durch die gewerkschaftlichen Kämpfe auch symbolische Anerkennung verschaffte.

Während diese Entwicklung das teilweise unsolidarische und frauenfeindliche Verhalten des »Verbands der deutschen Buchdrucker« (VDB) erklären kann, war die Wirkung innerhalb der Hilfsarbeiterschaft eine umgekehrte: Dort waren zunächst fast ausschließlich Frauen beschäftigt. Ihre Tätigkeit wurde aufgrund von Änderungen im Betriebsablauf wichtiger und verantwortungsvoller, was das Selbstvertrauen der arbeitenden Frauen positiv beeinflusste. Männliche Hilfsarbeiter hatten, anders als die Gehilfen, keine ritualisierte Aufnahme in eine männlich-zünftlerische Gemeinschaft durchlaufen, waren von Anfang an an weibliche Kolleginnen gewöhnt und hatten infolgedessen weniger Probleme mit selbstbewussten Kolleginnen. Die männlichen Hilfsarbeiterkollegen waren weniger auf Distinktion im Berufsfeld angewiesen, um ihre »Männlichkeit« zu schützen.

Doch selbst unter diesen verhältnismäßig guten Voraussetzungen war die Entstehung einer Frauengewerkschaft, ja sogar die bloße Beteiligung von Kolleginnen an Gewerkschaftsaktivitäten keinesfalls selbstverständlich. In Hamburg, wo sich 1890 einen Monat nach den Berliner Frauen ebenfalls eine Hilfsarbeitergewerkschaft gründete, »waren es, wie sonst fast überall in der Arbeiterschaft, die Kollegen, die den Anfang machten und zuerst einmal von den Kolleginnen nichts wissen wollten«.²²

Diese Denkweise war aber nur eine der Schwierigkeiten, vor denen der »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« bei seiner Gründung stand. In der ArbeiterInnenbewegung war nur in Berlin ein nennens-

20 | Mooser 1984, S. 52.

21 | Vgl. dazu Baron 1989 und 1991.

22 | Thiede 1915b, S. 2.

werter Erfahrungsschatz rein weiblicher Organisation vorhanden und die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen konnten sich kaum mit Kolleginnen anderer Berufe austauschen. Denn nur selten kam es zu vergleichbaren gewerkschaftlichen Frauenzusammenschlüssen, denen zudem keine Dauerhaftigkeit beschieden war.

Sogar bei den für Gleichberechtigung offeneren freien Gewerkschaften waren Frauen zunächst eine kleine Minderheit: 1892 waren – bei einer Gesamtmitgliederzahl von über 200.000 – insgesamt nur etwa 4.000 Frauen in den freien Gewerkschaften organisiert.²³ Die Anzahl der Vereine oder Verbände, die neben Männern auch weibliche Mitglieder in nennenswerter Zahl in ihren Reihen hatten, war in diesem Zeitraum selbst in Berlin überschaubar.²⁴ Daran änderte sich auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten nur wenig; auch nach der Gründung ihres Zentralverbands 1898 blieben die HilfsarbeiterInnen im Druckgewerbe bis zum Ersten Weltkrieg unangefochten die Gewerkschaft mit dem höchsten Frauenanteil.²⁵ Mit Ausnahme der BlumenarbeiterInnen, deren Mitgliederzahl nur 5 Prozent der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen betrug und deren Verband von Emma Ihrer geleitet wurde,²⁶ blieb der VBHi für lange Zeit der einzige mit einer weiblichen Leitung.

Neben dieser Ausnahmestellung hatten die Frauen im gewerkschaftlichen Bereich ein geschlechtsspezifisches Problem zu bewältigen, nämlich eine noch höhere Fluktuation der Mitgliedschaft, als sie in dieser Zeit sowieso schon üblich war.²⁷ Diese resultierte aus einer Kombination verschiedener Faktoren, nämlich der Norm der Kleinfamilie, patriarchalen Rollenvorstellungen und der Tatsache, dass Frauen im Gegensatz zu Männern Kinder zur Welt bringen können (siehe Kapitel 2.1). Sobald Frauen heirateten und/oder Kinder bekamen, war ihre Erwerbstätigkeit zu Ende,

23 | Braun 1913, S. 23 (Tabelle).

24 | Aus einer Statistik der Berliner Gewerkschaftskommission lässt sich ersehen, dass es nur diese eine rein weibliche Gewerkschaft gab und zahlreiche Gewerkschaften immer noch keine Frauen in ihren Reihen hatten; vgl. Berliner Gewerkschaftskommission 1895b, S. 44–51.

25 | Hauff 1912, S. 28f., Tabelle I.

26 | Hauff 1912, S. 28f., Tabelle I.

27 | Vgl. allgemein Tennstedt 1983, S. 412f.

falls der Mann ausreichend verdiente – und unterbrochen, wenn er es nicht tat oder nicht vorhanden war.²⁸

Für die Jahre 1905 und 1906 liegen für den VBHi die entsprechenden Zahlen vor. Demnach traten bei einem insgesamt starken Mitgliederzuwachs 7.701 Männer ein und 4.085 aus. Bei den Frauen sind die Zahlen mehr als doppelt so hoch (!): 15.865 fanden den Weg in die Gewerkschaft und 10.171 verließen im gleichen Zeitraum den Verband.²⁹ Als 1896 mit einem kurzen, aber heftigen Streik der Neunstundentag auch für die HilfsarbeiterInnen erkämpft wurde (siehe Kapitel 2.3), waren von den 245 beteiligten Personen nur 20 verheiratet.³⁰

Während die Fluktuation damit durchaus im Rahmen des Üblichen gelegen haben dürfte, hob sich die Situation der Hilfsarbeiterinnen im Buchdruck in anderen Bereichen ab: Sie übten eine noch recht junge Tätigkeit aus, deren Entstehen der technischen Entwicklung geschuldet war. Die Tätigkeit erforderte eine mehrmonatige Einarbeitung und bis zum Nachtarbeitsverbot für Frauen von 1891 waren Männer in der Hilfsarbeiterschaft deutlich in der Minderzahl. Trotz der hier skizzierten Probleme können die Hilfsarbeiterinnen als selbstbewusste Berufsgruppe gelten, die zudem mit verhältnismäßig solidarischen männlichen Kollegen zu tun hatte. So ergaben sich relativ gute Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Organisation, die dennoch alles andere als einfach war. Diese Entwicklung wird im folgenden Abschnitt beschrieben.

2.3 Eine Berliner Frauengewerkschaft als Grundstein

Der »Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen« (VBHi) entwickelte ab 1898 passgenaue Antworten für die Anforderungen, die die Gemengelage aus *Geschlecht und Klasse* für seine Mitglieder bereithielt. Ohne eine daran interessierte (weibliche) Basis, die organisiert, interessiert und durchsetzungsfähig war, wäre diese Entwicklung nicht

28 | Dazu etwa Thiede 1911, S. 1249. In der »Solidarität« vom 9. Juli 1899 beginnt unter dem Titel »Streifzüge« (S. 1) eine Artikelserie, die Verbandsprobleme reflektiert und zu Beginn Überlegungen zur hohen Fluktuation insbesondere bei weiblichen Mitgliedern anstellt.

29 | VBHi 1908, S. 17.

30 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 15 und S. 51.

möglich gewesen. Der organisatorische, kulturelle und diskursive Nukleus dieser Basis war eine zunächst kleine Berliner Frauengewerkschaft.

Die Gründung dieses Berliner »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« am 5. März 1890 (später »Zahlstelle I«) war Teil einer gewerkschaftlichen Gründungswelle und erwies sich in den nächsten Jahren als das erfolgreichste und nachhaltigste derartige Projekt überhaupt.³¹ Diese erfahrene und selbstbewusste Gruppe von Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen war die Voraussetzung dafür, dass eine Frau Vorsitzende des VBHi werden konnte und der Verband eine Agenda der Geschlechteremanzipation verfolgte.

Die schlechten Zustände in der Arbeitsvermittlung (siehe Kapitel 3.2.3) gaben den entscheidenden Anstoß für die Gründung des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen«. Die konkrete Initiative zur Gründung der auf Berlin beschränkten Frauengewerkschaft ging von vier namentlich nicht bekannten Punktiererinnen und dem Sozialdemokraten Wilhelm Werner aus.³² Am 5. März 1890 – »noch unter dem letzten Schatten des Sozialistengesetzes«³³ – wurde der Verein gegründet und Ernestine Jendritza zur Vorsitzenden gewählt.³⁴

Es war auch diese Vereinsvorsitzende Jendritza, die sich am 12. November 1890 an das Polizeipräsidium Berlin wandte und um Genehmigung für eine Versammlung in der Alten Jakobstraße bat – zwecks »Gründung eines Organs«, also einer Vereinszeitung. Die Behörde lehnte jedoch mit Verweis auf die Kurzfristigkeit ab.³⁵ Das konnte das Vorhaben jedoch nur verzögern und nicht aufhalten, und am 1. Juli 1891 erschien »die erste Nummer der »Union«, die vom 1. Oktober ab »Neue Union« genannt wurde, weil schon eine ältere Zeitung mit dem zuerst gewählten Namen bestand.«³⁶

Die Hilfsarbeiterinnen hatten ihren Verein zwei Monate vor ihren männlichen Kollegen gegründet und galten daher später im VBHi als »Zahlstelle I«. Obwohl sie auch die Initiative für die gemeinsame Zeitung

31 | Thiede 1915b, S. 2. Zur Gründungswelle vgl. Fuhrmann 2019, S. 45–47.

32 | Thiede 1915a. Leider ist dort der Name der vier Kolleginnen nicht genannt.

33 | Heydemann 1900.

34 | Thiede 1917, S. 358.

35 | Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14967, Blatt 206 (mit Anmerkungen).

36 | Thiede 1915a.

ergriffen hatten, lag die Redaktion der bald über Berlin hinaus gelesenen Zeitung³⁷ anschließend in männlichen Händen.³⁸ Ende 1894 stellte die »Neue Union«, von der leider keine Ausgabe erhalten ist, ihr Erscheinen ein.³⁹ Eine kontinuierlichere Entwicklung als die Zeitung nahm der »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« selbst.

Gegen Ende des Jahres 1891 kam es im Buchdruck zu einem großen reichsweiten Arbeitskampf, bei dem es sich um einen massiven Angriffsstreik für bessere Arbeitsverhältnisse handelte. Diesen zuerst hoffnungsvollen, dann zunehmend verzweifelten Kampf um den Neunstundentag hatten die Buchdruckergehilfen begonnen. Am 30. Oktober begannen in Leipzig die ersten Arbeitsniederlegungen und wie ein »schäumender Wildbach« folgten viele weitere Städte – am 14. November standen schließlich 12.000 Buchdrucker im Streik.⁴⁰ Von den Buchdruckern selbst ist er als »Arbeitseinstellung, die es im ganzen Weltenrund nicht gegeben« hatte, mit großen Worten erinnert worden.⁴¹

Die HilfsarbeiterInnen unterstützten ihre höher qualifizierten und besser bezahlten männlichen Kollegen – die Buchdruckergehilfen, also Maschinenmeister, Schriftsetzer, Schriftgießer etc. – bis an den Rand ihrer persönlichen und organisatorischen Kräfte. Sie verbanden mit dem Kampf nicht nur die Hoffnung auf Verbesserung der eigenen Lage, sondern verstanden ihre Unterstützung auch als praktische Solidarität: In einer gemeinsamen Versammlung der Männer und Frauen verabschiedeten 900

37 | Am 6. September 1891 beschlossen die Hamburger eine Kombination der Vereinsmitgliedschaft mit dem Bezug der Berliner Zeitung – so »wurde ein Band geschaffen, das die Orte Berlin und Hamburg nicht mehr trennte« (Thiede 1915b, S. 2).

38 | Zunächst zeichnete ein Herr Lehmann für die »Union« verantwortlich (Vorwärts, 7. August 1891, S. 6), anschließend bis zur Einstellung Ende 1894 Philipp Schmitt; vgl. Thiede 1915a.

39 | Thiede 1915b, S. 3. Die behördliche Beobachtung (Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14548, Akte zur »Quartalspresse«) führte die »Union« erst ab dem III. Quartal 1892 (Blatt 185) und registrierte die Umbenennung für das I. Quartal 1894 (Blatt 246). Die Einstellung hätte demnach im II. Quartal 1895 stattgefunden (Blatt 281 und 295), aber die Behörden waren hier nicht auf dem aktuellen Stand. Zur Entwicklung der Verbandszeitschriften vgl. Fuhrmann 2019, S. 138–144.

40 | Krahel 1916, S. 119f.

41 | Krahel 1916, S. 120.

Berliner HilfsarbeiterInnen eine Resolution und erklärten ihre Teilnahme am Kampf der Gehilfen um den Neunstundentag: »Die Versammlung verpflichtet sich [...] Überstunden zu verweigern [...] überall, wo die Forderungen der Buchdrucker aufgestellt worden [sic!], für diese einzutreten.«⁴²

Doch der Kampf der Buchdrucker ging verloren, denn die Behörden beschlagnahmten die gewerkschaftseigenen Geldreserven in den Unterstützungskassen, so dass die Streikkassen nach etwa zehn Wochen trotz breiter Solidarität ausgetrocknet waren. Vom 11. bis 16. Januar 1892 wurde das »Abkommen Büxenstein/Döblin« ausgehandelt, das eine Niederlage auf ganzer Linie darstellte: Die Arbeiten mussten zu den alten Bedingungen ohne jedwedes Zugeständnis wieder aufgenommen werden.⁴³

Die beiden Berliner Organisationen der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen standen Anfang 1892 vor einem Scherbenhaufen. Noch deutete nicht viel darauf hin, dass nur wenige Jahre später der Neunstundentag für die Buchdrucker Wirklichkeit werden sollte und der Zentralverband der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen ab etwa 1900 eine wegweisende Rolle in der gewerkschaftlichen Organisation arbeitender Frauen und Mädchen spielen sollte.

Nach den großen Mitgliederverlusten im Zuge dieser Streikniederlage war der Organisierungsgrad der HilfsarbeiterInnen im Buchdruck in Berlin jedoch Ende des Jahres 1895 bereits wieder auf 30 Prozent gestiegen.⁴⁴ Ein Streik im Februar 1896 brachte den Buchdruckergehilfen schließlich den »nachher soviel bekämpften Tarifabschluß«⁴⁵ samt dem Neunstundentag. Die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen entschieden sich daraufhin, »die gleiche Arbeitszeitverkürzung und sonstigen Vergünstigungen zu verlangen«⁴⁶, auch ohne Tarifvertrag. Daraus spricht ein enormes Selbstbewusstsein der jungen GewerkschafterInnen, die erklärtermaßen dafür kämpften, »nicht als Arbeiter zweiter Klasse betrachtet zu werden«⁴⁷ – was sie von ihrer Ausbildung her durchaus waren.

42 | Vorwärts, 4. November 1891, S. 10.

43 | Krahel 1916, S. 182 f.

44 | Berliner Gewerkschaftskommission 1895b, S. 50 (35,2% der Männer und 29% der Frauen).

45 | Thiede 1915b, S. 3.

46 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 48.

47 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 48.

Als die Prinzipale sich weigerten, legten am 4. Mai etwa 300 ArbeiterInnen die Arbeit nieder.⁴⁸ Mit Hilfe des Arbeitsnachweises (siehe Kapitel 3.2) wurde der Kampf vergleichsweise leicht gewonnen,⁴⁹ denn durch die Kontrolle über die Vermittlungstätigkeiten konnte ein Streikbruch effizient verhindert werden. Die Auseinandersetzung wurde nach 26 Tagen am 30. Mai 1896 beendet, »da in den meisten Druckereien die Forderungen bewilligt worden waren«⁵⁰ – ein weiteres Zeugnis für die Handlungsfähigkeit der beiden HilfsarbeiterInnenvereine.

Die innere Entwicklung des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« sowie die Diskussionen und personellen Wechsel im Vorstand können aufgrund fehlender Quellen nicht in wünschenswerter Tiefe nachvollzogen werden. Trotzdem wird deutlich, dass die Frauengewerkschaft wie viele andere Gewerkschaften auch eine Identitäts-, Freizeit- und Kulturgemeinschaft war.

Auf die Bedeutung von Kneipen und Schankwirtschaften für die ArbeiterInnenbewegung des Kaiserreichs ist immer wieder hingewiesen worden. Gerade in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878–1890), in der es kaum legale Treffpunkte gab, fiel ihnen eine Schlüsselrolle im Milieu der Sozialdemokratie zu. Diese große Bedeutung behielten sie noch Jahrzehnte; die ab 1900 errichteten Gewerkschaftshäuser und Volkshäuser übernahmen diese Funktion nur teilweise. Große Bedeutung hatten Kneipen sowohl für die Freizeitgestaltung einschließlich politischer Diskussionen als auch für die offiziellen Treffen von politischen oder kulturellen Organisationen.⁵¹ Für Frauen hatte das nicht zu unterschätzende Folgen für die Möglichkeiten politischer Partizipation:

»Es war nicht zuletzt die Verbannung der Frauen aus der Kneipe, die ihnen über Generationen die gleichberechtigte Integration in die Arbeiterbewegung verwehrte. [...] Solange sie in der Parteikneipe als dem zentralen Organisationsort

48 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 48.

49 | Fuhrmann 2019, S. 80–83.

50 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 48.

51 | Vgl. zur Bedeutung von Kneipen für die ArbeiterInnenbewegung die Einleitung zur Quellenedition von Evans (1989, S. 7–39, insbesondere S. 12–33) und zur Gendergeschichte von (Arbeiter-)Kneipen Saldern 1995, S. 108.

der Bewegung ein Fremdkörper waren, blieben Frauen notwendig von den wesentlichen Diskussionen ausgeschlossen.«⁵²

Einige der Hürden, die Frauen die Partizipation an politischen Treffen außer Haus erschwerten, resultierten aus moralischen Normen. Teile der ArbeiterInnenbewegung rückten Frauen in Kneipen in ein schlechtes Licht. Die für das Kneipenpersonal zuständige Gewerkschaft thematisierte lieber einen tatsächlichen oder vermeintlichen fließenden Übergang von der Kellnerin zur Sexarbeiterin, als sich für die Rechte der Kolleginnen stark zu machen – und versuchte, weibliches Personal aus den Schankwirtschaften herauszuhalten.⁵³

Dies bedeutet indes nicht, dass sich die durchschnittliche Berliner Arbeiterin von ein paar Halbweltgerüchten aus der Kneipe fernhalten ließ, vielmehr gab es darüber hinaus oft keine Gelegenheit oder Dringlichkeit, dort einzukehren. An Gelegenheiten mangelte es biografisch spätestens dann, wenn zur Lohnarbeit und Haushaltsführung noch die Verantwortung für Kinder hinzukam. Und eine der zahlreichen politischen Runden zu besuchen, in denen Männer anscheinend unter sich bleiben wollten, dürfte vielen Frauen nicht besonders dringlich erschienen sein.

Und doch besuchten auch Frauen Gastwirtschaften, sei es aus Vergnügen oder weil sie sich nicht abschrecken ließen. Auch die Treffen im Rahmen des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« fanden in solchen Lokalen statt. Die Frauen der Zahlstelle I hatten jahrelange Erfahrung darin, den sozialdemokratischen Raum »Kneipe«, der aufgrund der genannten Faktoren eigentlich männlich geprägt war, für sich zu nutzen.

Doch Kneipenbesuch ist nicht gleich Kneipenbesuch. Wenn frau auf eine abendliche Versammlung gehen wollte, war dazu so manche Auseinandersetzung mit sich und der Familie zu führen. Nicht nur die eigenen Verantwortungsgefühle gegenüber Kindern konnten das Vorhaben erschweren, das Hindernis der Sorgeverantwortung bezog sich auch auf den Partner. So manches weibliche Gewerkschaftsengagement war bedroht,

52 | Hoffrogge 2010.

53 | Vgl. dazu Losseff-Tillmanns 1978, S. 331–335.

weil (Ehe-)Männer fürchteten, um das warme Essen oder den eigenen Kegelaß gebracht zu werden.⁵⁴

Dies galt auch für die Hilfsarbeiterinnen im Buchdruck: Bei der Vereinsgründung 1898 wurde berichtet, dass »unsere Kolleginnen von Seiten der Männer oder [des] Bräutigams von unserer Organisation zurückgehalten wurden«⁵⁵. Das geschah um 1900 nicht nur im Verborgenen, wie eine Erinnerung der langjährigen Verbandsfunktionärin Emilie Ehm (geborene Heidemann) zeigt: »Wie oft haben mir Männer ihre Frauen unter wüsten Beschimpfungen aus den Sitzungen herausgeholt!«⁵⁶

Außerdem fehlte angesichts der schlechten Löhne von Frauen nicht selten das nötige Geld für Getränke. Als sich die Kolleginnen vom »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« ab 1890 organisierten, waren sie als Frauengruppe eine große Ausnahme in den Hinterzimmern verschiedener Kneipen zwischen Moritzplatz und Spree. In einer vermutlich 1909 erschienenen Broschüre, die für die Verbandsmitgliedschaft im VBHi warb und sich explizit an weibliche Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen richtete, wurden Druckereiversammlungen nach Feierabend angekündigt, die wie selbstverständlich in Kneipen stattfanden, bei denen jedoch explizit »kein Trinkzwang« bestand.⁵⁷

Nicht nur zu den allernötigsten Versammlungen nahmen sich die organisierten Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen frei, sondern entwickelten trotz ihrer meist raren Freizeit auch ein äußerst reges Vereinsleben. Allein im Jahr 1899 feierte die Zahlstelle I, also der Frauenverein, eigenständig drei große Feste in Berlin. Nach einem »Großen Maskenball« am 21. Januar 1899⁵⁸ folgte das alljährliche Stiftungsfest am 18. März 1899 (»Männer, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf.«), das an die Gründung neun Jahre zu-

54 | Vgl. dazu großartig Beier 1998. Dort findet sich eine fiktive, aber die Realität vermutlich gut abbildende Kompilation von Schwierigkeiten der Heimarbeiterinnen, auch nur an einer einzigen abendlichen Versammlung teilnehmen zu können. Die Ablehnung des Engagements von Frauen in Gewerkschaften wurde demnach teils mit körperlicher Gewalt durchgesetzt.

55 | Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1898), S. 7.

56 | Ehm 1952, pag. 5.

57 | Thiede o.J., S. 14.

58 | Solidarität, 8. Januar 1899, S. 4.

vor erinnerte.⁵⁹ Am 22. Juli 1899 krönte dann ein »Großer Sommernachtsball« die Festsaison,⁶⁰ der wie die die meisten anderen Feste im großen Saal der bekannten Arminhallen in der Kommandantenstraße 20/21 stattfand. Gegen Jahresende wurde nochmals im kleineren Kreise der aktiven Frauen das knappe Leben gefeiert: »Tanz und humoristische Vorträge hielten die Mitglieder noch lange in heiterster Stimmung beisammen«, notierte die Protokollantin Gertrud Hanna über das Ende einer regulären Zahlstellenversammlung.⁶¹

Die Frauen der Zahlstelle I, denen der VBHi seine Sonderstellung verdankte, wiesen also eine große kulturelle Eigenständigkeit auf, die ein Gegengewicht zu den ernsten Themen der Gewerkschaftsarbeit bildete. Diese Eigenständigkeit förderte nicht nur die Mitgliederbindung im Verband, sondern auch das Selbstbewusstsein der oft sehr jungen Frauen.

Auch Paula Thiede übernahm als eine von vielen Engagierten verschiedene kulturelle Aufgaben. Zum Beispiel war sie 1895 eine der Delegierten des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« für die »Vergnügungskommission« des Berliner Graphischen Kartells, die für die sogenannten Graphischen Sommerfeste verantwortlich war.⁶² Sie betrieb sogar mit ihrem zweiten Ehemann – einem gelernten Gastwirtsgehilfen – von 1900 bis 1901 selbst eine Kneipe in der einschlägigen Gegend des südlichen Spreeufers, in der sich auch sozialdemokratische Vereine trafen.⁶³

Die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen besetzten also nicht nur die benötigten (Kneipen-)Räume für ihre »Women only«-Verbandsaktivitäten, sondern waren als Frauen aktiver und sichtbarer Teil der Kultur der ArbeiterInnenbewegung. Die Bedeutung dieser Aktivitäten kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Ein Bericht über das erwähnte Sommerfest von 1895 gibt ein eindruckliches Zeugnis von der Wirkung auf die Beteiligten, bei denen Solidarität und Selbstbewusstsein gestärkt wurden:

59 | Solidarität, 5. März 1899, S. 4.

60 | Solidarität, 9. Juli 1899, S. 4.

61 | Solidarität, 24. Dezember 1899, S. 4 (Bericht der Zahlstelle I von einer Versammlung am 9. Dezember).

62 | Solidarität, 28. Juli 1895, S. 3.

63 | Fuhrmann 2019, S. 109–116.

»Die ganze Stimmung der Festteilnehmer- und Nehmerinnen [sic!] war eine von echtem verwandtschaftlichem Geiste beseelte«

hieß es im Rückblick.⁶⁴ Das Fest lässt sich als Baustein einer *Klasse im Werden* lesen.⁶⁵ Als Motto des Abends entwickelte sich nach einer Rede des Buchdruckers und VDB-Vorsitzenden Emil Döblin der Spruch

»Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen und Gefahr.«⁶⁶

Diese Formulierung war eine klassenpolitische Interpretation des Rütli-schwurs (die Worte stammen aus Schillers »Wilhelm Tell«) und wurde in den folgenden Jahrzehnten in der ArbeiterInnenbewegung immer wieder herangezogen. Zwar war in dem Zitat nur von »Brüdern« die Rede, aber die sprachliche Aufmerksamkeit, im Jahr 1895 von »Festteilnehmer- und Nehmerinnen« zu sprechen, weist darauf hin, dass eine diverse Klasse, die nicht nur männliche Facharbeiter umfasst, prinzipiell auch im Kaiserreich gelebt werden konnte – wie es auch die Vereinsaktivitäten der Frauen selbst zeigen.

Die ersten Jahre des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« waren die schwierigsten, doch es gelang den Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen, ihre Organisation zu konsolidieren. Noch ahnten die wenigsten von ihnen, dass sie damit den Grundstein dafür legten, dass 1898 mit Paula Thiede eine der ihren zur ersten Frau an der Spitze einer gemischtgeschlechtlichen Gewerkschaft weltweit wurde.

Nach Beendigung des bereits erwähnten erfolgreichen 1896er-Streiks wurde am 11. November 1896 erstmals vorgeschlagen, eine »Agitationskommission zur Vorbereitung eines reichsweiten Zusammenschlusses« zu gründen. Zweifel, ob eine solche Aufgabe nicht verfrüht käme, wurden insbesondere aus der Frauengewerkschaft, konkret von Clara Bien, vorgebracht und führten zu einer Verschiebung des Vorhabens. Zehn Monate später, im September 1897, wählte dann eine Versammlung der männli-

64 | Solidarität, 8. September 1895, S. 1f.

65 | Zur zentralen Funktion der subjektiven Komponenten für das Bewusstsein, Arbeiterklasse zu sein, vgl. das immer noch grundlegende Werk von Thompson (1963/2013).

66 | Solidarität, 8. September 1895, S. 1f.

chen und weiblichen HilfsarbeiterInnen eine Agitationskommission zum Zwecke der Gründung eines Zentralverbands der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen und -arbeiter. Dieser Kommission gehörten neben Paula Thiede auch Clara Bien und drei männliche Kollegen an.⁶⁷

Dass sich der Frauenverein massiv in diese gemischtgeschlechtliche Kommission einbrachte, war eine strategisch sinnvolle und weitreichende Entscheidung. Die Aufgabe der Kommission bestand darin, die ersten Ansätze überregionaler Verbindung weiter auszubauen. Es gab bereits einige Orte (Hamburg, Breslau, Straßburg und München), die Verbindungen nach Berlin unterhielten, das Berliner Blatt »Solidarität« abonniert hatten und mit dem geplanten Zusammenschluss einverstanden waren, und es sollten noch mehr werden.⁶⁸

Wenige Wochen später, am 12. Dezember 1897, legte die Agitationskommission einen Rechenschaftsbericht ab.⁶⁹ Demnach hatte sie Tausende Druck-Erzeugnisse, Briefe und Karten verschickt, war mit 36 Städten in Verbindung getreten und hatte an 13 Druckereiversammlungen teilgenommen – ein beeindruckendes Arbeitspensum für das ehrenamtlich arbeitende Gremium.⁷⁰ Die aus Berlin ins Land geschickte »Agitatorin« war Clara Bien,⁷¹ für den Bericht der Kommission war Paula Thiede verantwortlich.

Die Agitationskommission bekannte sich zu den Zielen der »modernen Arbeiterbewegung« und kündigte an, dass etwaigen »Gegenströmungen [...] mit aller Entschiedenheit entgentreten wird«. Solche »Gegenströmungen« sollten aber in der Geschichte des Verbands immer wieder eine Rolle spielen: Lokalistische Traditionen hielten sich latent in einigen Zahlstellen und brachen sich zu verschiedenen Gelegenheiten Bahn.⁷²

Durch diese Vorarbeiten, von denen die Frauen einen entscheidenden Anteil übernommen hatten, konnte an Pfingsten 1898 der VBHi in Berlin

67 | Vgl. Thiede 1905b.

68 | Vgl. Thiede 1905b. Die »Solidarität« wurde 1897 noch von der »Graphischen Kommission Berlins« herausgegeben; zur Graphischen Kommission (auch »Graphisches Kartell Berlins«) vgl. auch Fuhrmann 2019, S. 139–141.

69 | Abgedruckt in Thiede 1905b.

70 | Solidarität, 12. Juni 1898, S. 1.

71 | Thiede 1915b, S. 3.

72 | Vgl. dazu insbesondere die Vorkommnisse auf dem Verbandstag 1912 (siehe Kapitel 4.4).

gegründet und Paula Thiede zur Vorsitzenden gewählt werden.⁷³ In einem Rückblick auf die Verbandsgründung schreibt sie 1917:

»[Die] Tatsache, daß bei der Gründung unseres Verbandes im Juli 1898 die größte Zahlstelle nur aus Frauen bestand und von diesen selbst [...] vorher erfolgreich geleitet worden war, ist mit als Ursache anzusehen, daß eine Frau als Leiterin des Verbandes gewählt wurde, der sich aus Frauen und Männern zusammensetzt.«⁷⁴

Die Gründung eines Zentralverbands auf Reichsebene brachte es mit sich, dass bis dahin lokale Entscheidungsbefugnisse auf den neuen, zentralen Vorstand übertragen wurden. Solche vor allem in den 1890er Jahren gegründeten Zentralverbände waren für die meisten Gewerkschaftsmitglieder etwas Neues. Sie beschnitten notwendigerweise die lokalen Kompetenzen und waren daher oft umstritten. Die im VBHi dadurch hervorgerufenen Konflikte waren heftig und zogen sich über viele Jahre hin.

Der erste große Konflikt erforderte nach nicht einmal einem Jahr einen außerordentlichen Verbandstag und stellte eine echte Zerreißprobe für den jungen VBHi dar.⁷⁵ Bemerkenswerterweise waren es die Frauen, die als Erste rebellierten und sich dadurch für viele Jahre eine starke Stellung im Verband sicherten. Am Anfang stand das Vorhaben des Verbandes, den wöchentlichen Mitgliedsbeitrag für den Gesamtverband, der für alle Mitglieder gleich hoch war, von 10 auf 15 Pfennig zu erhöhen. Zum einen sollten die Einnahmen verwendet werden, um ein sogenanntes Obligatorium für die »Solidarität« einzuführen, d. h. allen Mitgliedern die Zeitung im automatischen Abonnement zukommen zu lassen; zudem wurden ein Jahr nach Verbandsgründung die ersten Zahlungen an Mitglieder fällig, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Zum anderen sollten die höheren Einnahmen die generelle Handlungsfähigkeit des Verbandes gewährleisten.⁷⁶

Doch das Vorhaben einer Beitragserhöhung stieß auf Widerstand. Etliche FunktionärInnen hegten Zweifel, ob eine so deutliche Erhöhung der

73 | Dazu ausführlich Fuhrmann 2019, S. 85–95.

74 | Thiede 1917, S. 365.

75 | Dazu ausführlich Fuhrmann 2019, S. 102–109.

76 | Solidarität, 23. Juli 1899, S. 1 f.

Beiträge nicht massenhafte Austritte nach sich ziehen würde; besonders skeptisch war die einzige rein weibliche Zahlstelle: Die Kolleginnen unter Wortführung von Emilie Heidemann befürchteten, dass eine Beitragserhöhung das Weiterbestehen der Zahlstelle I gefährden würde.⁷⁷

Für diese Befürchtung gab es gute Gründe: Bei den weiblichen Hilfsarbeiterinnen herrschte traditionell eine größere Fluktuation, die durch die bereits angesprochenen spezifisch weiblichen Lebensumstände bedingt war. Die Fabrikarbeit wurde oft nur als begrenzter Zeitraum betrachtet und tatsächlich sorgten Heirat, Kinder oder Krankheit häufig für das Ende oder die langjährige Unterbrechung dieser Lohnarbeit. Durch diese Fluktuation und die Tatsache, dass die Hilfsarbeiterinnen oft sehr jung waren, war eine gefestigte Verbandsbindung schwer herzustellen. Viele der jungen Anlegerinnen oder Bogenfängerinnen waren nicht routiniert darin, politische Loyalitäten auszubilden. Diese Faktoren in Kombination mit den – im Vergleich zu den männlichen Hilfsarbeiterkollegen – niedrigeren Einkommen sorgten für die spezifische Lage der Zahlstelle I.

Doch die Konfliktsituation des Jahres 1899 war nicht auf die Beitragserhöhung beschränkt. Hinzu kam, dass nach den ersten Erfahrungen mit der Struktur eines Zentralverbands die Vorbehalte gegen die Zentralisierung an sich verstärkt formuliert wurden. Die Protagonistinnen der Zahlstelle I fühlten sich in verschiedenen Belangen übergangen und sprachen von einer »Diktatur«.⁷⁸ Auch die Verwaltung des Arbeitsnachweises spielte eine Rolle. Die Frauen wollten diesen vor einer gemeinsamen Verwaltung mit den Berliner Männern schützen – und verteidigten damit auch ihre Eigenständigkeit als Zahlstelle.⁷⁹

Aufgrund des heftigen Widerstands der Zahlstelle I gegen die Zentralisierung wurde bereits nach weniger als einem Jahr ein erster außerordentlicher Verbandstag anberaumt, der vom 21. bis 23. Mai 1899 in Berlin stattfand.⁸⁰ Dieser sollte über den obligatorischen Bezug des Verbandsblattes für alle Mitglieder und eine damit einhergehende Beitragserhöhung entscheiden, beschloss aber aufgrund großer Kontroversen, die Basis entscheiden zu lassen. Zu diesem Zweck sollte der Vorstand eine Urab-

77 | Vgl. Thiede 1905b.

78 | Solidarität, 13. August 1899, S. 3.

79 | Solidarität, 12. November 1899, S. 3.

80 | Dazu ausführlich Fuhrmann 2019, S. 102–109.

stimmung über diese Frage organisieren, die für den August 1899 geplant wurde.⁸¹ Der Verbandsvorstand warb eindringlich dafür, die Notwendigkeit der Beitragserhöhung sowie der Rettung und weiteren Verbreitung der »Solidarität« zu sehen und entsprechend abzustimmen: »[D]ie Zeitung ist das Rückgrat einer Organisation« schrieb Paula Thiede dazu.⁸² Mit diesem Schritt fasste die Verbandsleitung perspektivisch schon die vollständige Übernahme der »Solidarität«, die zu diesem Zeitpunkt noch vom Graphischen Kartell Berlins herausgegeben wurde, ins Auge.⁸³

Am 27. September 1899 jedoch, noch bevor das Ergebnis der Urabstimmung über die Beitragserhöhung bekannt wurde, trat die Zahlstelle I – mit 419 Frauen die mitgliederstärkste überhaupt⁸⁴ – aus dem VBHi aus.⁸⁵ Die Urabstimmung selbst ergab schließlich bei einer Gesamtmitgliederzahl von 1.467 Personen eine deutliche Mehrheit für Beitragserhöhung (524:304), die den Streit ausgelöst hatte. In der Zahlstelle I stimmten 113 Frauen gegen und 44 für den Bezug der »Solidarität« bzw. die Beitragserhöhung, was eine verhältnismäßig geringe Wahlbeteiligung bedeutet.⁸⁶

Der Zentralvorstand um Paula Thiede bat schließlich den Zusammenschluss der Berliner Gewerkschaften, eine Schlichtung zu übernehmen. Mit der Frage nach dem Verbleib der (geschlechter-)politisch wichtigen und mitgliederstarken Zahlstelle I stand im Grunde die Zukunft des gesamten Verbands auf dem Spiel. Doch erst »nach Abhaltung verschiedener stürmischer Sitzungen und Versammlungen« gelang es, die Frauen zum Wiederanschluss am 18. Oktober 1899 zu bewegen.⁸⁷ Die Resolution, die der Einigung dann zugrunde lag, ging in wesentlichen Teilen auf die Forderungen der Zahlstelle I ein:

»Der Arbeitsnachweis untersteht der Aufsicht der örtlichen Verwaltung. Der Verband hat die Pflicht, die örtlichen Verwaltungen zu unterstützen. Von den Verbandsbeiträgen der Filialen verbleiben 10 % den Filialen, die anderen 90 % sind

81 | Vgl. Thiede 1905b.

82 | Solidarität, 23. Juli 1899, S. 1; ähnlich Thiede 1905b.

83 | Solidarität, 23. Juli 1899, S. 1.

84 | Solidarität, 1. Oktober 1899, S. 1.

85 | Vgl. Thiede 1905b.

86 | Solidarität, 1. Oktober 1899, S. 1; vgl. auch Thiede 1905b.

87 | Thiede 1905b. Die entscheidenden Sitzungen fanden am 11. und 18. Oktober 1899 statt; vgl. Solidarität, 29. Oktober 1899, S. 1, 3 und 4.

an den Verband abzuliefern. Das Obligatorium der ›Solidarität‹ ist durch eine allgemeine Urabstimmung herbeigeführt.«⁸⁸

Damit hatte sich die Zahlstelle ihre Eigenständigkeit nicht nur bewahrt, sondern sie ausgebaut und formal abgesichert – dies trug maßgeblich dazu bei, dass sie bald wieder zu den Aktivposten des Verbands zählen konnte. Mit berechtigtem Stolz rief die Zahlstellen-Vorsitzende Emilie Heidemann ihre Kolleginnen auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass der »einzige selbstständige existierende Frauenverein« in ganz Deutschland für die Zukunft gesichert und ausgebaut werde.⁸⁹ Mit dem »Frauenverein« bezog sich Heidemann auf die Zahlstelle I, die nach diesem Konflikt wieder selbstbewusst unter ihrem Gründungsnamen als »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« firmierte und die Verbandszugehörigkeit in den Untertitel verbannte.⁹⁰

Trotz der heftigen Streitigkeiten, die sich noch bis ins folgende Jahr zogen, arbeiteten die Beteiligten in den folgenden Jahren wieder gut zusammen. In nächster Zeit kamen Querschläge gegen die zentrale Verbandsführung insbesondere aus der Zahlstelle der Berliner Männer. Als diese auf dem Verbandstag 1902 Misstrauen gegenüber dem Vorstand äußerte, stellten sich die Frauen der Zahlstelle I an die Seite der Vorsitzenden Paula Thiede (siehe Kapitel 4.2).

Die Eigenständigkeit der Frauen wurde innerhalb des Zentralverbands aus gutem Grund noch lange beibehalten und sie schrieben ihre Erfolgsgeschichte fort.⁹¹ Mehrmals scheiterten Initiativen, die Berliner Struktur

88 | Die Resolution ist abgedruckt in: *Solidarität*, 12. November 1899, S. 3.

89 | *Solidarität*, 12. November 1899, S. 1 (Aufruf von Heidemann an die Kolleginnen der Zahlstelle I).

90 | In einer Anzeige für das jährliche Stiftungsfest lautete die Selbstbezeichnung vor dem Konflikt »Verband aller in Buchdruckereien u. verw. Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands« und erst in der Unterzeile »Ortsverwaltung Berlin – Zahlstelle I«; vgl. *Solidarität*, 5. März 1899, S. 4. Einige Monate später – nach dem Konflikt – hieß es in einer vergleichbaren Annonce dann »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruckschnelldruckpressen« und erst im Untertitel »Zahlstelle I des Verbandes der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen etc.«; vgl. *Solidarität*, 10. Dezember 1899, S. 4.

91 | Vgl. dazu beispielsweise einen entsprechenden Bericht der Zahlstelle I zum Verbandstag 1902, VBHi 1902, S. 9f.

(eine Stadt, zwei Zahlstellen⁹²) an die übliche Regelung anzupassen.⁹³ Und die Frauen wussten sehr genau, warum sie der Zusammenlegung skeptisch gegenüberstanden. Als auf dem Verbandstag 1908 der jüngste Versuch einer Zusammenlegung diskutiert wurde, gab die aktuelle Zahlstellenvorsitzende Sophie Teske zu Protokoll:

»Wenn aber unsere Zahlstelle 18 Jahre bestanden hat, so haben wir doch verschiedene Bedenken, sie aufzugeben, zumal wir sehen, daß dort, wo weibliche und männliche Mitglieder in einer Organisation zusammen sind, die weiblichen Mitglieder immer erst in letzter Linie herangezogen werden, wenn es sich um die Besetzung von Vorstandsposten, um die Delegation zur Generalversammlung usw. handelt. Das sehen wir ja auch in anderen Gewerkschaften.«⁹⁴

Trotz der erfolgten Zentralisierung blieben in Berlin also die beiden Zahlstellen der männlichen und der weiblichen HilfsarbeiterInnen unabhängig voneinander bestehen; auch zur Berliner Gewerkschaftskommission⁹⁵ entsendeten sie weiterhin jeweils einen eigenständigen Delegierten bzw. eine eigenständige Delegierte.⁹⁶ Das Ende der organisatorischen Eigenständigkeit

92 | Mit der Aufnahme der Steindruckerei-HilfsarbeiterInnen in den VBHi gab es in Berlin zeitweise sogar drei Zahlstellen. Diese Aufnahme begann 1901 (vgl. den geänderten Untertitel der Verbandszeitschrift: »Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands) und endete mit dem Einschluss der Schleifer in den Jahren 1903–1904 (Untertitel »Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands«); vgl. VBHi 1903, S. 5 und VBHi 1904, S. 1 f.

93 | Solidarität, 2. Februar 1902, S. 1 der Beilage.

94 | VBHi 1908, S. 159 (Protokoll).

95 | Diese Kommission hatte sich aus der Streikkontrollkommission entwickelt, vgl. Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15458 (»Die Berliner Gewerkschafts- (Streik-Kontroll-)Kommission 1893–1896.«) Die polizeiliche Einschätzung vom 18. Mai 1894 lautete: »Die hiesige Streik-Kontrollkommission hat hinsichtlich ihrer Thätigkeit und Organisation verschiedene Wandlungen durchgemacht, da es sich um Einführung einer Einrichtung handelte, für welche die Vorbilder fehlen« (vgl. ebd., Blatt 110–114, Zitat von Blatt 110). Zur Umwandlung und Namensänderung in »Berliner Gewerkschafts-Kommission« vgl. Vorwärts, 23. April 1893, S. 9.

96 | Berliner Gewerkschaftskommission 1894; 1898, S. 23; 1900, S. 23 und 1901, S. 29; außerdem Solidarität, 9. Juli 1899, S. 3 (»Kollegin Heidemann und Kollege Reinke werden zur Gewerkschaftskommission delegiert«).

keit der Frauen im VBHi kam erst zum 1. Januar 1909: Die Vereinigung der Berliner Zahlstellen war notwendig geworden, weil die neue Tarifvereinbarung einen einzigen Arbeitsnachweis für Männer und Frauen vorsah, der von der Zahlstelle und den Prinzipalen paritätisch verwaltet wurde.⁹⁷

Selbst Clara Zetkin, die sich 1894 als »entschiedene Gegnerin dieser Sonderorganisationen«⁹⁸ (für proletarische Frauen) bezeichnete, kam nicht umhin, die erfolgreiche Organisation der Frauen im Buchdruck zu würdigen. Als Paula Thiede im Rahmen einer Rundreise Anfang des Jahres 1900 in Clara Zetkins Wohnort Stuttgart auftrat, zählte diese zu den ZuhörerInnen⁹⁹ und agitierte anschließend auf mindestens einer lokalen Druckerversammlung der HilfsarbeiterInnen für den Verband.¹⁰⁰ Zwar vertrat der VBHi dort sowohl Frauen als auch Männer, doch die Berliner Vorgeschichte der separaten Organisation und der anhaltenden Autonomie der Zahlstelle I muss auch Clara Zetkin sehr bewusst gewesen sein.

2.4 Über Berlin hinaus

Auch innerhalb des VBHi musste sich die Idee der Gleichberechtigung ihren Platz erkämpfen – angesichts der gesellschaftlichen Gegenkräfte und der starken Mitgliederfluktuation sogar immer wieder aufs Neue. Gewerkschaftliche Antworten auf die ungleiche soziale Realität von Männern und Frauen mussten im 1898 gegründeten Zentralverband gemeinsam entwickelt werden. Zunächst war es jedoch die naheliegende Aufgabe, durch Überzeugungsarbeit innerhalb des nun gemischtgeschlechtlichen reichsweiten Verbands Mehrheiten für solche Projekte zu schaffen. Im VBHi war im Jahr 1899 nur eine einzige Frau außerhalb Berlins Leiterin einer Zahlstelle, und zwar Katharina Frömberg in der kleinen und neuen Zahlstelle Kassel.¹⁰¹ Ganz anders lagen die Verhältnisse in Berlin, wo die Frauenor-

97 | VBHi 1910a, S. 38 (Bericht aus Berlin).

98 | Vorwärts, 7. Oktober 1894, S. 3.

99 | Thiede 1900; Solidarität, 4. Februar 1900, S. 2 f.; Bericht von der Stuttgarter Veranstaltung ebd., S. 3 f.

100 | Solidarität, 4. Februar 1900, S. 3.

101 | Solidarität, 10. Juli 1898, S. 1; Solidarität, 28. Mai 1899, S. 4. In dieser Aufstellung der aktuell dem Verband angeschlossenen Städte wird neben Louise Franz (Zahlstelle I) nur eine weitere weibliche Vorsitzende in Kassel genannt.

ganisierung bereits eine achtjährige Geschichte aufzuweisen hatte und die Zahlstelle I den Männern der Zahlstelle II an Größe und Organisationskraft mehr als ebenbürtig war.

In den ersten beiden Jahren lag der Fokus des – mit entsprechenden Machtressourcen ausgestatteten – Zentralvorstands darauf, die Hegemonie für die Emanzipationsideen von Berlin aus auf den gesamten Verband auszudehnen. Dabei half der Umstand, dass es aufgrund von Reisehürden und zwecks effizienter Gestaltung der Vorstandsarbeit um 1900 allgemeine Gewerkschaftspraxis war, dass alle Mitglieder eines Vorstands in derselben Stadt wohnten. Bei den Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen ging die Gründung des Zentralverbands von Berlin aus, die gesamte Agitationskommission bestand aus BerlinerInnen und hier wohnten auch über zwei Drittel der Mitglieder. Daher kam als Sitz des Zentralvorstands faktisch nur Berlin infrage.

Deshalb konnten die Berliner Verhältnisse – Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen durch zwei getrennte Zahlstellen – problemlos und ohne Diskussion auf den Gesamtvorstand ausgedehnt werden. Dies wurde dadurch verstärkt, dass laut Verbandsstatut zwar VorsitzendeR, RedakteurIn der »Solidarität« (ab 1900) und KassiererIn auf dem Verbandstag gewählt wurden, aber die restlichen Personen »durch die Mitglieder des Ortes, an dem der Verband seinen Sitz hat« bestimmt wurden.¹⁰² So waren im Juli 1898, direkt nach dem Gründungskongress, drei von sieben Vorstandsmitgliedern Frauen und ein Jahr später war sogar die Hälfte der zentralen Funktionen von Frauen besetzt – einschließlich der Vorsitzenden Paula Thiede.¹⁰³

Mit der Wahl von Paula Thiede zur Gesamtvorsitzenden bekam das Berliner Modell selbstbewusster und selbstbestimmter weiblicher Gewerkschaftsarbeit seine große Chance im VBHi. Die Berliner Frauen verloren keine Zeit, um entsprechende Ansichten, Erfahrungen und Ansätze im neu gegründeten Zentralverband zu verankern und zu normalisieren. Dazu wurde viel diskutiert und »agitiert«; in der Verbandszeitschrift »Solidarität« erschien in den ersten beiden Jahren nach Verbandsgründung eine Vielzahl von Artikeln zu diesem Thema.

102 | VBHi 1905b, S. 10 (§ 23).

103 | Solidarität, 9. Juli 1899, S. 1.

Zunächst lag die Priorität darauf, die Perspektive arbeitender Frauen in der Verbandsöffentlichkeit zu stärken und zu normalisieren. Leider bleibt aufgrund der dürftigen Quellenlage unklar, ob dies strategisches und planmäßiges Vorgehen seitens der Protagonistinnen bzw. der Zahlstelle I war – oder einfach nur das Naheliegende. Die Reflexionsfähigkeit, die aus den Texten von Emilie Heidemann, Sophie Teske, Gertrud Hanna und Paula Thiede spricht, lässt jedoch vermuten, dass bei diesem Vorgehen zumindest ein gewisser Vorsatz mit im Spiel war.

Schon in dem Monat, in dem die Agitationskommission begann, für den Verband zu werben, erschien in der »Solidarität« ein Leitartikel mit der programmatischen Überschrift »Nicht Schmutzkonkurrentin – Kampfesgefährtin, Arbeitsgenossin!«, der aus der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift »Die Gleichheit« übernommen worden war. Die Verfasserin Clara Zetkin wurde beim Wiederabdruck in der »Solidarität« nicht genannt. In den Mittelpunkt rückte Zetkin in ihrem Text die »wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau«, die als Grundlage für Befreiung und Gleichberechtigung gesehen wird.¹⁰⁴ Weitere ähnliche Texte folgten,¹⁰⁵ in denen die spezielle Lage von Arbeiterinnen als Frau und Lohnabhängige reflektiert wurde.

Doch nicht nur in der »Solidarität«, sondern auch in zahllosen Diskussionen auf Veranstaltungen wurde die Aufmerksamkeit der grafischen Hilfsarbeiterschaft auf unterschiedliche Lebensrealitäten gelenkt. Dabei

104 | Zetkin 1897. In diesem Artikel heißt es: »Wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau, das ist die Grundlage der sozialen Befreiung des weiblichen Geschlechts, seiner sozialen Gleichberechtigung mit der Männerwelt.« Eine Analyse zu Unterschieden zwischen Arbeiterinnen und Bürgerinnen ist ebenfalls Bestandteil des Textes. Auch hier bleibt Zetkin ihrer Linie treu und ordnet die Geschlechterfrage dem Klassenkampf unter: »Der Kampf für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts stellt dem Manne die Konkurrentin entgegen, der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse giebt ihm die Kampfesgefährtin, die soziale Revolution führt ihm die Arbeitsgenossin zu.«

105 | Zetkin 1898. Dieser Artikel verhandelt Menschenrechte, Geschlecht und Entfaltung von Frauen: In Abgrenzung von der Menschenrechtsfixierung der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen fordert er eine allseitig freie Entwicklung von Frauen als Frauen: »Die Frau ist ebenso wenig Nur-Weib als Nur-Mensch, sie ist [...] ein weiblicher Mensch.« Wie bei Clara Zetkin häufig zu beobachten, arbeitet der Artikel vielfach mit vermeintlich weiblichen Eigenarten.

kam Paula Thiede als Verbandsvorsitzender eine besondere Stellung zu. Schon im Juni 1899, ein Jahr nach der Gründung des VBHi, schärfte sie bei regulären Agitationsversammlungen in verschiedenen Städten das Bewusstsein der Kollegen für die Realitäten arbeitender Frauen. Sie machte sagbar, was viele der Kolleginnen wussten, aber im Gewerkschaftsdiskurs bislang keinen Ort hatte: In ihren Reden und klärte sie über »geschäft- und häusliche Verhältnisse« und über die »Kindererziehung nach beendigter Geschäftszeit« auf und machte auch Nichtbetroffenen klar, dass dies ein »schnelle[s] Verschwinden der körperlichen Kräfte« zur Folge hatte.¹⁰⁶

Auf einer lokalen Verbandsversammlung thematisierte Thiede neben anderen gewerkschaftlichen Themen wie selbstverständlich auch die Doppel- und Dreifachbelastung von arbeitenden Frauen, was vor Ort sehr gut aufgenommen wurde.¹⁰⁷ Ihre eigene Tochter war zu diesem Zeitpunkt neun Jahre alt und Paula Thiede hatte 1891 heftige Erfahrungen mit den Schwierigkeiten von Kinderbetreuung und Lohnabhängigkeit gemacht.¹⁰⁸ Sie wusste also, wovon sie sprach.

Im Sommer 1899 wurden in einer Artikelserie in der »Solidarität« konkrete Vorschläge für eine verbesserte Agitation unter Frauen gemacht:

»Das beste »Zugmittel« für uns bleibt immer eine *Rednerin*, eine agitatorisch thätige Geschlechts- und Arbeitsgenossin, an denen es uns leider sehr mangelt.«¹⁰⁹

Um dem abzuhelpen, sollten auch in der Provinz »»Rednerschulen« oder Diskutierklubs (wie in Berlin die Arbeiterbildungsschule)«¹¹⁰ eingerichtet werden. Der Zentralvorstand wurde aufgefordert, eine ausgedehnte Agitationstour mit einer weiblichen Rednerin zu veranstalten.¹¹¹ Hier wurde

106 | Solidarität, 11. Juni 1899, S. 3.

107 | Solidarität, 11. Juni 1899, S. 2 f.

108 | Vgl. Fuhrmann 2019, S. 32–41.

109 | Solidarität, 6. August 1899 (»Wie betreiben wir Agitation?« – »Streifzüge«, Teil III).

110 | Solidarität, 6. August 1899 (»Wie betreiben wir Agitation?« – »Streifzüge«, Teil III).

111 | Vgl. die Artikelserie »Streifzüge«, die im Juli und August 1899 in der »Solidarität« (Ausgaben 14–16) erschien und in der die Agitation von Frauen eine prominente Rolle spielte. Das AutorInnenkürzel »L.M.« konnte von mir nicht aufgelöst werden.

die systematische Stärkung weiblicher Beteiligung innerhalb des Verbands explizit als Wunsch und als Plan artikuliert. Parallel dazu ging Paula Thiede bei drei Veranstaltungen im Hamburger Raum auf Vorbehalte gegen Frauen in der Gewerkschaftsbewegung ein und warb für echte gemeinsame Organisierung:

»Ferner führt Rednerin an, daß es sehr schwer sei, die Kolleginnen zur Organisation heranzuziehen, weil die Mädchen nicht danach erzogen würden. Man glaube ja vielfach noch, daß das Weib nicht in die Versammlung gehöre. Es müßten alle Kräfte angewendet werden, die Kolleginnen in die Organisation einzuführen, denn nur, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen vereint¹¹² zusammen gingen, könnten ihre Interessen mit Nachdruck vertreten werden.«¹¹²

In diesem Bemühen waren Paula Thiede als Vorsitzende und Emilie Heidemann als Leiterin der Zahlstelle I Verbündete. Heidemann, die kurz zuvor die Selbstständigkeit der Zahlstelle heftig verteidigt und auch den Konflikt mit Paula Thiede nicht gescheut hatte, richtete einige Wochen später, im November 1899, die dringende Bitte an ihre Kolleginnen,

»sich mehr an den Versammlungen und in diesen an den dort geführten Diskussionen zu beteiligen; denn nur so wird es uns möglich sein, immer neue Kräfte heranzubilden, welche mit Lust und Liebe für unsere Sache kämpfen.«¹¹³

Drei Monate später, im Januar 1900, befand sich Paula Thiede auf einer großen Agitationstour,¹¹⁴ wie sie in der »Solidarität« gefordert worden war, und wies dabei auf die »überanstrengende Frauenarbeit, welche in den meisten Fällen nach Geschäftsschluß in den Wohnungen ihren Anfang [nimmt]«¹¹⁵, hin. Damit problematisierte sie verbandsintern, was eigentlich jedeR wissen konnte, aber in den deutschen Gewerkschaften bislang keinerlei Konsequenzen nach sich gezogen hatte.

Die Bemühungen, das Wissen um die Lage der Frauen in den Verbandsdiskurs einzuschreiben und Geschlechtergerechtigkeit als Ziel im Verband zu verankern, waren im Rahmen des Möglichen sehr erfolgreich. Nicht

112 | Solidarität, 6. August 1899, S. 3 (Bericht von drei Versammlungen mit Paula Thiede in Wandsbek, Altona und Hamburg am 15., 17. und 18. Juli).

113 | Heidemann 1899.

114 | Thiede 1900.

115 | Solidarität, 4. Februar 1900, S. 2 (Versammlungsbericht aus Stuttgart).

einmal zwei Jahre nach Verbandsgründung war ein allgemeines Bewusstsein zu diesen Fragen in der Verbandsöffentlichkeit zu beobachten. In der ersten Ausgabe des Jahrgangs 1900 der »Solidarität« etwa schloss ein Artikel zu Frauen im Beruf mit dem programmatischen Satz:

»Wir sind der Meinung, daß, wenn schon Frauen beschäftigt werden und ihnen die gleichen Arbeitspflichten wie den Männern auferlegt werden, sie auch denselben Lohn erhalten müssen wie die Männer oder das ganze Gerede von der ›Frauen-Emanzipation‹ ist großer Humbug.«¹¹⁶

Bereits in dieser Entwicklung von einem kleinen *Verein* zu einer ambitionierten Zentralgewerkschaft, die von einer Frau geführt wird, sind die Kreuzungen von Machtverhältnissen sichtbar, die in den nächsten Jahren die Praxis des VBHi mitbestimmen sollten.

Hilfsarbeiten wie das Anlegen waren zunächst an schlechter bezahlte Frauen vergeben worden. Aufgrund der technischen Entwicklung wurden solche Arbeiten wichtiger und umfangreicher. Die zunehmende Qualifikation vereinfachte den Kampf um Lohnerhöhungen, was wiederum – zusammen mit dem Nachtarbeitsverbot in Fabriken – den Männeranteil in diesen Berufen erhöhte. Aufgrund dieser Ausgangslage war die geschlechtliche Identität der Kollegen nicht so stark an den Beruf gekoppelt, denn sie hatten in den Druckereien schon erfahrene und qualifizierte Kolleginnen vorgefunden. Dies ermöglichte eine relativ solidarische und im besten Sinne »geschlechtsblinde« Zusammenarbeit in gemeinsamen Arbeitskämpfen und bei kulturellen Aktivitäten. Die separate Organisation in einer Frauengewerkschaft »empowerte« die Kolleginnen und verhinderte die geschlechtliche Arbeitsteilung in der Gewerkschaftsarbeit.

Technik, Ausbildung und Geschlecht spielten also eine wichtige Rolle in der konkreten Lebenswelt der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen und ihrer Organisation. Doch Frauen hatten nicht die gleichen Voraussetzungen und Chancen wie ihre männlichen Kollegen, auch die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen nicht. Sozialisierung, Geschlechterideale und häusliche Arbeitsverteilung machten proletarischen Frauen das Leben zusätzlich schwer und in der Arbeitswelt wurden sie vielfach diskriminiert und schlechtergestellt.

116 | Solidarität, 7. Januar 1900, S. 2.

Mögliche emanzipatorische Antworten mussten zwei Strukturen berücksichtigen: die Nachteile des Frau-Seins, also *ungleiche Voraussetzungen*, und die Nachteile des Zur-Frau-Gemacht-Werdens, also *ungleiche Behandlung*. Der VBHi berücksichtigte dies mit den Mitteln, die ihm zu Verfügung standen: einer Neujustierung seines Unterstützungssystems, seiner Mitgliedsbeiträge, seiner Arbeitskampftaktiken und seiner Tarifpolitik. Das Ziel konnte je nach Fall *mehr Gleichheit* oder aber *Ausgleich für Ungleichheiten* sein.

